

Prüfungshinweise
zur
Prüfung der Endabrechnung von Überschusserlösen
auf der Basis von § 34 Satz 2 StromPBG

Frontier Economics Limited

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
A. Auftrag und Auftragsdurchführung	1
B. Rechtliche Grundlagen	2
C. Prüfungsgegenstand und Einordnung	2
D. Prüfung der Selbsterklärung und Korrekturmeldung	3
E. Prüfung der Ergebnisse aus Absicherungsgeschäften	7
F. Prüfung der Zurechnung der Überschusserlöse	9
G. Besonderheiten bei nachträglichen Änderungen	11
H. Zusammenfassende Schlussbemerkung	12

Anlage

Allgemeine Auftragsbedingungen

Hinweis: In Tabellen können technisch bedingt Rundungsdifferenzen auftreten!

A. Auftrag und Auftragsdurchführung

1. Der Associate Director der

Frontier Economics Limited

(nachstehend auch "Gesellschaft" oder "Frontier" genannt),

Herr Dr. Matthias Janssen, beauftragte uns mit Schreiben vom 21. März 2024 mit der Erstellung eines Prüfungshinweises zur Prüfung von Endabrechnungen von Überschusserlösen auf der Basis von § 34 Satz 2 StromPBG.

2. Die Entwicklung der Prüfungshinweise soll sich auf folgende Aspekte beschränken, die nachfolgend in einzelnen Abschnitten erläutert werden:
 - Selbsterklärung und Korrekturmeldung zu den Überschusserlösen (§§ 29 i.V.m. 14 StromPBG): Prüfung/ Abstimmung der Mengenangaben in der Selbsterklärung mit den in der Buchhaltung/dem Bilanzkreissystem hinterlegten Werten,
 - Ermittlung und Berücksichtigung der Ergebnisse aus Absicherungsgeschäften (§ 17 Nr. 2 StromPBG): Abstimmung der Handelsgeschäfte mit den Geschäftsvorfalldaten der Selbsterklärung,
 - Prüfung der Zurechnung von Überschusserlösen (§ 15 StromPBG): Beachtung der erwirtschafteten Gewinne aus Vertriebstätigkeiten des Konzerns die den Überschusserlösen des Erzeugers zuzurechnen wären und ob diese entsprechend in die Überschusserlöse/in die Absicherungsgeschäfte des Erzeugers eingerechnet wurden.
3. Unsere Arbeiten haben wir im März und April 2024 (mit Unterbrechungen) in unserem Büro in Bremen durchgeführt.
4. Für die Durchführung unseres Auftrages und unsere Verantwortlichkeit - auch gegenüber Dritten - gelten die diesem Bericht als Anlage beigefügten "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der Fassung vom 1. Januar 2024.

B. Rechtliche Grundlagen

5. Das Strompreisbremsegesetz regelt in § 34, ob und welche Informationen im Rahmen der Abrechnungsvorgänge nach dem StromPBG einer Prüfung durch einen Prüfer i.S.d. § 2 Nr. 18 StromPBG unterliegen.
6. Die Angaben der Betreiber einer **Stromerzeugungsanlage** zur Abschöpfung von Überschusserlösen nach Teil 3 des StromPBG unterliegen mittelbar einer Prüfungspflicht, da die Angaben Bestandteil der Endabrechnung der Verteilernetzbetreiber sind. Aus den Regelungen zu den Mitteilungspflichten in Teil 5 StromPBG ergibt sich eine explizite Prüfungspflicht für die Beachtung der Regelungen der Anlage 4 des StromPBG (§ 29 Abs.1 Nr. 4 Buchstabe a) Doppelbuchstabe cc) StromPBG.
7. Gemäß § 34 Satz 2 StromPBG können in den Fällen mit Endabrechnungen, mit denen Beträge von € 2 Mio. oder mehr abgerechnet werden, Netzbetreiber bei Vorlage die Prüfung durch einen Prüfer verlangen.

Vor dem Hintergrund der Möglichkeit eine solche Prüfung zu verlangen, soll ein Prüfungshinweis mit den in Tz. 2 genannten Schwerpunkten formuliert werden.

C. Prüfungsgegenstand und Einordnung

8. Gegenstand der Prüfung nach § 34 Satz 2 StromPBG sind die Endabrechnungen der Betreiber von Stromerzeugungsanlagen nach § 14 StromPBG. Einzelheiten der im Zusammenhang mit der Abrechnung bereitzustellenden Informationen ergeben sich aus den Mitteilungspflichten nach § 29 StromPBG. Hierzu gehört insbesondere die Berechnung des Überschusserlöses sowie des Abschöpfungsbetrags, einschließlich der Annahmen und Belege, auf deren Grundlage die Berechnung erfolgt ist.

Die Angaben zu den Überschusserlösen stellen im Hinblick auf die Strommengen vergangenheitsorientierte Informationen und im Übrigen zu den vereinbarten Preisen vergangenheitsorientierte Finanzinformationen dar.

Zielsetzung der Prüfung ist ein Prüfungsurteil mit hinreichender Sicherheit.

D. Prüfung der Selbsterklärung und Korrekturmeldung

Prüfungsgenstand

9. Gegenstand der Prüfung in diesem Teilaspekt ist die Richtigkeit der Selbsterklärung des Betreibers einer Stromerzeugungsanlage, die unter Teil 3 des StromPBG fällt. Schwerpunkt der Betrachtung in diesem Hinweis sind die Angaben nach § 29 Abs. 1 und vorläufigen Angaben auf Basis von § 29 Abs. 1a StromPBG und deren Prüfung.
10. Die Angaben nach § 29 StromPBG sind grundsätzlich spätestens vier Monate nach Ende des Abrechnungszeitraumes dem regelzonenverantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber vorzulegen. Da nach der Entscheidung des Gesetzgebers eine Abschöpfung nur für den Zeitraum vom 1. Dezember 2022 bis zum 30. Juni 2023 erfolgt, sind zwei Abrechnungszeiträume zu betrachten (vgl. § 14 Abs. 1 S. 5 StromPBG):
- 1. Zeitraum: 1. Dezember 2022 bis 31. März 2023
 - Zahlung nach § 14 Abs. 1 S. 3 StromPBG bis zum **15. August 2023**
 - Meldung nach § 29 Abs. 1 StromPBG bis zum **31. Juli 2023**
 - 2. Zeitraum: 1. April 2023 bis 30. Juni 2023
 - Zahlung nach § 14 Abs. 1 S. 3 StromPBG bis zum **15. November 2023**
 - Meldung nach § 29 Abs. 1 StromPBG bis zum **31. Oktober 2023**

In § 29 Abs. 1a StromPBG sind Regelungen für Fälle getroffen, in denen Angaben zu § 29 Abs. 1 StromPBG bei Ablauf der Frist noch nicht feststehen und als vorläufig mitgeteilt wurden. In diesen Fällen ist für die beiden Abrechnungszeiträume bis zum **28. Februar 2024** (§ 29 Abs. 1a S. 4 StromPBG) die Mitteilung der endgültigen Daten vorgesehen. Zur Prüfung der (vorläufigen) Angaben und ggf. deren Korrektur sollen folgende Hinweise gegeben werden.

Im Regelfall vom Anlagenbetreiber bereitzustellende Unterlagen

Für die Prüfung sind vom Anlagenbetreiber im Regelfall folgende Informationen anzufordern und bereitzustellen:

- die der Zahlung nach § 14 Abs. 1 S. 3 StromPBG bzw. § 14 Abs. 4 StromPBG zugrunde liegende Abrechnung mit insbesondere den nach § 29 Abs. 1 StromPBG geforderten Angaben;
- die Netzeinspeisung der Stromerzeugungsanlage im Abrechnungszeitraum in viertelstündlicher Auflösung,

- den Überschusserlös nach § 14, der im Abrechnungszeitraum erwirtschaftet worden ist, sowie den Abschöpfungsbetrag,
- die Berechnung des Überschusserlöses sowie des Abschöpfungsbetrags, einschließlich der Annahmen und Belege, auf deren Grundlage die Berechnung erfolgt ist,
- insbesondere in der erstmaligen Meldung die Darstellung zu der Methodik, die der Betreiber der Stromerzeugungsanlage in dieser und allen folgenden Meldungen anwendet,
- den Prüfungsvermerk eines Prüfers zu der Einhaltung der Vorgaben nach Anlage 4 (zur Durchführung der Prüfung siehe IDW PH 9.970.81 (05.2023),
- in den Fällen des § 17 Nummer 2 das Ergebnis aus Preissicherungsmeldungen nach Anlage 5,
- in den Fällen des § 18
 - Datum des Vertragsabschlusses sowie Beginn und Ende des anlagenbezogenen Vermarktungsvertrags,
 - Name und Anschrift des Vertragspartners,
 - Datum der Inbetriebnahme der Stromerzeugungsanlage,
 - die Angabe, ob für die Stromerzeugungsanlage ein Zuschlag in einer Ausschreibung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz erteilt worden ist,
 - den mit dem anlagenbezogenen Vermarktungsvertrag vermarkteten Anteil der Erzeugung der Stromerzeugungsanlage sowie die Leistung der Stromerzeugungsanlage insgesamt,
 - die Angabe, ob es sich bei dem Vertragspartner um ein Unternehmen im Sinn des § 18 Absatz 3 Satz 1 handelt,
 - den Erlös aus dem anlagenbezogenen Vermarktungsvertrag in Euro pro Kilowattstunde für den erzeugten und eingespeisten Strom während des Abrechnungszeitraums; falls der Preis nicht für die gesamte Laufzeit des Vertrags von vornherein feststeht, ist der Preis vierteljährlich für den Abrechnungszeitraum zu melden, und
 - in den Fällen des § 18 Absatz 3 zusätzlich die Angabe, dass der anlagenbezogene Vermarktungsvertrag von einem Unternehmen oder Gesellschafter, der mit dem Betreiber der Stromerzeugungsanlage in einem der in § 18 Absatz 3 Satz 1 genannten Rechtsverhältnisse steht, mit einem Dritten geschlossen worden ist, die erforderlichen Angaben zu diesem Vertrag sowie geeignete Nachweise für das Bestehen des Rechtsverhältnisses.

Für die Prüfung **der vorläufig mitgeteilten Werte** sind folgende Informationen in der Regel anzufordern:

- Zusammenstellung der vorläufig gemachten Angaben nach § 29 Abs. 1a StromPBG
- Mitteilungen an den regelzonenverantwortlichen ÜNB über die endgültig festgestellten Werte
- Darstellung der organisatorischen Vorkehrungen zur unverzüglichen Mitteilung zu Angaben

- die endgültig feststehen und keine Abweichungen zu der vorläufigen Meldung bestehen,
- die endgültig feststehen und bei denen sich Korrekturen ergeben haben.

Prüfungshandlungen zum Umfeld und internen Kontrollsystem

11. Der Wirtschaftsprüfer ist in Anwendung des *IDW EPS 970 n.F.* verpflichtet, ein Verständnis vom rechtlichen, wirtschaftlichen und technischen Umfeld des Unternehmens im Hinblick auf den Prüfungsgegenstand zu gewinnen. Hierfür kann er neben der relevanten Rechtsprechung insb. in folgende Unterlagen Einsicht nehmen:
- FAQ Liste des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) zur Abschöpfung von Zufallsgewinnen
 - FAQ der Bundesnetzagentur (BNetzA)
 - Hinweispapier der BNetzA zu der Testierung nach § 34 S. 2 StromPBG
 - Informationen auf der Internetplattform der vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber
12. Da im vorliegenden Fall nur Abrechnungen von Anlagenbetreibern mit einer Überschusserlösabschöpfung von € 2 Mio. oder mehr Gegenstand der Prüfung sind, ist es wahrscheinlich, dass bei der Durchführung der Prüfung eine hohe Zahl von Erzeugungsanlagen mit Erzeugungsmengen und Berechnungen zu Spotmarktüberschusserlösen, Energielieferkontrakten und ggf. auch zugeordneten Sicherungsgeschäften bei der Bestimmung des Überschusserlöses berücksichtigt sind. Wir empfehlen daher, dass der Wirtschaftsprüfer sich insbesondere auf die Prüfung des internen Kontrollsystems stützt.
13. Soweit der Wirtschaftsprüfer seine Prüfung auf das interne Kontrollsystem stützt oder stützen muss, ist er in Anwendung des *IDW EPS 970 n.F.* verpflichtet, sich ein Verständnis von dem relevanten internen Kontrollsystem zu verschaffen. In Anwendung des *IDW EPS 970 n.F.* ist der Wirtschaftsprüfer in diesem Fall verpflichtet, die Angemessenheit der für die Ermittlung des Überschusserlöses relevanten Kontrollen zu prüfen (Aufbauprüfung) und Funktionsprüfungen durchzuführen, um die Wirksamkeit dieser relevanten internen Kontrollen beurteilen zu können (Wirksamkeitsprüfung).

14. Es bietet sich an, dabei insb. folgende interne Kontrollen einzubeziehen:

- Kontrollen zur Erfassung der Stromerzeugungsmengen und -preise in der Endabrechnung nach dem StromPBG in Abstimmung mit den Aufzeichnungen im Bilanzkreis und der Finanzbuchhaltung
- Kontrollen zur Berechnung der fiktiven Spotmarktüberschusserlöse oder der anlagenbezogenen Vermarktungserlöse
- Kontrollen zur Kennzeichnung der vorläufigen Angaben in der Endabrechnung und der Dokumentation der Begründung der Vorläufigkeit
- Kontrollen zur unverzüglichen Erfassung und ggf. Korrektur der vorläufigen Angaben mit den endgültigen Daten in der Endabrechnung der Überschusserlöse
- Kontrollen zur Abgrenzung der vor und ab dem 1. November 2023 abgeschlossenen Absicherungsgeschäfte und deren Zuordnung auf Erzeugungsmengen einer Stromerzeugungsanlage
- Kontrollen zur Beachtung der Zuordnungsregeln für vor dem 1. November 2022 geschlossene Absicherungsgeschäfte (kein Widerspruch zu Grundsätzen Risikomanagement, zu Buch- und Portfoliostruktur, konsistente Zuordnungsregeln in beiden Abrechnungszeiträumen)

Prüfung der revisionssicheren Archivierung der Daten und Datenmeldungen

15. Gegenstand der Prüfung ist auch die revisionssichere Archivierung aller nach dem StromPBG zu meldenden Daten, für die diese Archivierung nach dem StromPBG vorgesehen ist. Soweit der Prüfer auch Abschlussprüfer des betroffenen Anlagenbetreibers ist, kann dieser auf die Ergebnisse der Prüfung der IT-Systeme nach IDW PS 330 zurückgreifen. Anderenfalls ist in Anlehnung an die Vorgaben des IDW PS 330 eine solche Prüfung der IT-Systeme die für die Generierung und Archivierung der Daten für die Berechnung der Überschusserlöse und der Meldungen nach § 29 StromPBG eingesetzt werden, unseres Erachtens zur Gewinnung einer ausreichenden Prüfungssicherheit unerlässlich.

Aussagebezogene Prüfungshandlungen

16. Der Wirtschaftsprüfer ist bei der Prüfung nach § 34 S. 2 StromPBG in Anwendung des *IDW EPS 970 n.F.* verpflichtet, ausreichende und angemessene Prüfungsnachweise über die in die Endabrechnung des Betreibers einer Stromerzeugungsanlage nach § 14 Abs. 1 i.V.m. § 29 Abs. 1, 3 und 4 StromPBG eingehenden Angaben einzuholen.
17. Bei der Prüfung der Angaben zu den Erzeugungsmengen einer Stromerzeugungsanlage in einem Abrechnungszeitraum, der Ermittlung des fiktiven Spotmarkterlöses der Stromerzeugungsanlage (Spotmarktpreis einer Stunde oder energieträgerspezifischer Monatsmarktwert), der technologiespezifischen Erlösobergrenze (technologiespezifische

Referenzkosten zzgl. Sicherheitszuschlag), der Ableitung des fiktiven Spotmarktüberschusserlöses, bei anlagenbezogener Vermarktung mit Vertragsschluss vor dem 1. November 2022 (der tatsächliche Vermarktungserlös, der Erlösbergrenze mit geringerem Sicherheitszuschlag und des Fair Value Ergebnisses) sind folgende aussagebezogenen Prüfungshandlungen zu empfehlen:

- Abstimmung der Mengenangaben in der Finanzbuchhaltung mit den Angaben im Bilanzkreissystem und den Meldungen/ Korrekturmeldungen nach dem StromPBG
- Prüfung der Vollständigkeit und Richtigkeit der als vorläufig gekennzeichneten Angaben (Abstimmung mit den originären Aufzeichnungen/ Berechnungen des Anlagenbetreibers)
- Prüfung der Beachtung der Anzeigefrist zu den endgültig festgestellten Daten (bis 28. Februar 2024) durch Abstimmung der Datenmeldungen mit den originären Aufzeichnungen/ Berechnungen des Anlagenbetreibers
- Da im vorliegenden Fall nur Abrechnungen von Anlagenbetreibern mit einer Überschusserlösabschöpfung von € 2 Mio. oder mehr Gegenstand der Prüfung sind ist es wahrscheinlich, dass bei der Durchführung der Prüfung eine hohe Zahl von Mengemeldungen und Berechnungen zu den Erzeugungsanlagen Gegenstand der Prüfung sind. Um eine hinreichende Prüfungssicherheit zu erlangen, halten wir digitale Datenanalysen zur Prüfung von Aussagen in der Rechnungslegung (vgl. IDW PH 9.930.3, Tz. 64 ff.) für unerlässlich. In diesem Zusammenhang sind vom Anlagenbetreiber die Datenfelder/ Attribute mitzuteilen, die eine Zuordnung von Mengen laut der Aufzeichnungen in der Finanzbuchhaltung mit den Mengenangaben lt. Bilanzkreis und ggf. zu den Verkaufsvorgängen und den zugeordneten Absicherungsgeschäften ermöglicht.
- Auf der Basis der digitalen Auswertung ist im Einzelfall im Rahmen von Stichproben die Richtigkeit der Zuordnungen zu prüfen.

E. Prüfung der Ergebnisse aus Absicherungsgeschäften

Prüfungsgenstand

18. Gegenstand der Prüfung in diesem Teilaspekt ist, ob in den Fällen des § 17 Nummer 2 das Ergebnis aus Preissicherungsmeldungen nach Anlage 5 ordnungsgemäß erfolgt ist und das Ergebnis insgesamt plausibel ist.
19. Zur Prüfung der Angaben und ggf. deren Korrektur sollen folgende Hinweise gegeben werden.

Im Regelfall vom Anlagenbetreiber bereitzustellende Unterlagen

Für die Prüfung sind vom Anlagenbetreiber im Regelfall folgende Informationen anzufordern und bereitzustellen:

- Sämtliche Preissicherungsmeldungen des Betreibers der Stromerzeugungsanlagen
- Nachweis über die tatsächlich getätigten Handelsgeschäfte an der EEX-Strombörse für die jeweiligen Preissicherungsmeldungen.
- Nachweis über die ab dem 15. Februar 2023 gemeldeten OTC-Geschäfte gem. Ziffer 1.2 der Anlage 5.
- Berechnungen zum finanziellen Wert jeder Preissicherungsmeldung inkl. Herleitung des Abrechnungspreises des entsprechenden Handelsprodukts am Tag des Abschlusses und des Glattstellungspreises.
- Ermittlung des jeweils maßgebenden Glattstellungspreises.

Prüfungshandlungen zum Umfeld und internen Kontrollsystem

20. Wir verweisen auf die Ausführungen in Tz. 11-14

Prüfung der revisionssicheren Archivierung der Daten und Datenmeldungen

21. Wir verweisen auf die Ausführungen in Tz. 15, die analog anzuwenden sind.

22. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob die über die Preissicherungsmeldungs-Schnittstelle eingereichten Preissicherungsmeldungen gem. Anlage 5 Ziffer 2.1 vollständig *revisionssicher abgelegt wurden* sowie ob Korrekturen von bereits getätigten Meldungen am selben Tag über die Preissicherungsmeldungs-Schnittstelle der Bundesnetzagentur mitgeteilt und in der revisionssicheren Ablage eingetragen wurden.

Aussagebezogene Prüfungshandlungen

23. Der Wirtschaftsprüfer ist bei der Prüfung nach § 34 S. 2 StromPBG in Anwendung des *IDW EPS 970 n.F.* verpflichtet, ausreichende und angemessene Prüfungsnachweise über die in das Ergebnis aus Preissicherungsmeldungen nach Maßgabe der Anlage 5 StromPBG eingehenden Angaben einzuholen.

24. Bei der Prüfung der Angaben zum Ergebnis aus Preissicherungsmeldungen nach Maßgabe der Anlage 5 sind folgende aussagebezogenen Prüfungshandlungen zu empfehlen:

- Nachvollziehen, dass allen bis zum 15. Februar 2023 gemeldeten Preissicherungsmeldungen tatsächlich getätigte Handelsgeschäfte an der EEX-Strombörse gegenüberstehen.

- Nachvollziehen, dass für die ab dem 15. Februar 2023 gemeldeten OTC-Geschäfte diese von der Struktur her den erlaubten EEX-Geschäften entsprechen, welche in Anlage 5 definiert sind.
- Einsichtnahme in die Verträge zu den Absicherungsgeschäften und Abstimmung ob die vertraglichen Regelungen mit den tatsächlich durchgeführten Absicherungsgeschäften im Einklang stehen.
- Nachvollziehen und Nachrechnen der Ermittlung des Ergebnisses aus Absicherungsgeschäften. Bei Preissicherungsmeldungen, die nur teilweise im Abrechnungszeitraum lagen, ist zudem nachzuvollziehen, ob die Abgrenzung entsprechend Ziffer 4.2 der Anlage 5 erfolgt ist.
- Nachvollziehen der Ermittlung des finanziellen Wertes der Preissicherungsmeldungen, insbesondere ob der korrekte Abrechnungspreis und Glattstellungspreis gemäß Ziffer 4.4 und 4.5 der Anlage verwendet wurde. In den Fällen von Strom ist beim Glattstellungspreis zusätzlich zu prüfen, ob gemäß Ziffer 4.7 der Preis von 10 € pro Megawattstunde zum Glattstellungspreis hinzuaddiert wurde.

F. Prüfung der Zurechnung der Überschusserlöse

Prüfungsgenstand

25. Gegenstand der Prüfung in diesem Teilaspekt ist die Haftung und Zurechnung von Überschusserlösen nach § 15 StromPBG. Dabei ist nachzuvollziehen, ob sämtliche Überschusserlöse im Sinne des § 15 StromPBG berücksichtigt worden sind und entsprechend den Vorgaben gemeldet wurden. Dabei ist nachzuvollziehen, ob entsprechende Gewinne aus Vertriebstätigkeiten des Konzerns den Überschusserlösen des Erzeugers zuzurechnen sind und ob diese korrekt in die Überschusserlöse des Erzeugers eingerechnet worden sind.
26. Zur Prüfung der Angaben und ggf. deren Korrektur sollen folgende Hinweise gegeben werden.

Im Regelfall vom Anlagenbetreiber bereitzustellende Unterlagen

Für die Prüfung sind vom Anlagenbetreiber im Regelfall folgende Informationen anzufordern und bereitzustellen:

- Vollständige Liste der Gesellschafter des Betreibers der Stromerzeugungsanlage sowie mit ihm oder einem seiner Gesellschafter verbundenen Unternehmen. In der Liste sind diejenigen Gesellschafter des Betreibers der Stromerzeugungsanlage sowie die mit ihm oder einem seiner Gesellschafter verbundenen Unternehmen gesondert zu kennzeichnen, die Vertriebsaktivitäten wahrnehmen und/oder die einen finanziellen Anspruch auf Erstattung der nach § 4 Absatz 1 StromPBG geleisteten Entlastungsbeträge haben. Die Liste soll dem Testat als Anlage beigelegt werden.

- Aufstellung über die erzeugten Strommengen der Stromerzeugungsanlage die ganz oder teilweise an Gesellschafter des Betreibers der Stromerzeugungsanlage oder mit ihm oder einem seiner Gesellschafter verbundenen Unternehmen veräußert oder auf sonstige Weise zur Vermarktung überlassen worden ist, erwirtschaftet wurden.
- Vertragliche Grundlagen bei entsprechenden Lieferverhältnissen an Gesellschafter des Betreibers der Stromerzeugungsanlage oder mit ihm oder einem seiner Gesellschafter verbundenen Unternehmen.
- Gesellschafter des Betreibers der Stromerzeugungsanlage oder mit ihm oder einem seiner Gesellschafter verbundenen Unternehmen haben in den Fällen des § 16 die folgenden Daten zur Verfügung zu stellen:
 - Die Berechnung des Überschusserlöses, einschließlich der Annahmen und Belege, auf deren Grundlage die Berechnung erfolgt ist.
- Gesellschafter des Betreibers der Stromerzeugungsanlage oder mit ihm oder einem seiner Gesellschafter verbundenen Unternehmen haben die Daten, die für die Anwendung des § 17 erforderlich sind zur Verfügung zu stellen:
 - Nachweis über die tatsächlich getätigten Handelsgeschäfte an der EEX-Strombörse für die jeweiligen Preissicherungsmeldungen.
 - Nachweis über die ab dem 15. Februar 2023 gemeldeten OTC-Geschäfte.
 - Berechnungen zum finanziellen Wert jeder Preissicherungsmeldung inkl. Herleitung des Abrechnungspreises des entsprechenden Handelsprodukts am Tag des Abschlusses und des Glattstellungspreises.
 - Ermittlung des jeweils maßgebenden Glattstellungspreises.
- Gesellschafter des Betreibers der Stromerzeugungsanlage oder mit ihm oder einem seiner Gesellschafter verbundenen Unternehmen haben in den Fällen des § 18 die folgenden Daten zur Verfügung zu stellen:
 - den Erlös aus dem anlagenbezogenen Vermarktungsvertrag in Euro pro Kilowattstunde für den erzeugten und eingespeisten Strom während des Abrechnungszeitraums; falls der Preis nicht für die gesamte Laufzeit des Vertrags von vornherein feststeht, ist der Preis vierteljährlich für den Abrechnungszeitraum zu melden, und
 - in den Fällen des § 18 Absatz 3 zusätzlich die Angabe, dass der anlagenbezogene Vermarktungsvertrag von einem Unternehmen oder Gesellschafter, der mit dem Betreiber der Stromerzeugungsanlage in einem der in § 18 Absatz 3 Satz 1 genannten Rechtsverhältnisse steht, mit einem Dritten geschlossen worden ist, die erforderlichen Angaben zu diesem Vertrag sowie geeignete Nachweise für das Bestehen des Rechtsverhältnisses.

Prüfungshandlungen zum Umfeld und internen Kontrollsystem

27. Wir verweisen auf die Ausführungen in Tz. 11-14

Prüfung der revisionssicheren Archivierung der Daten und Datenmeldungen

28. Wir verweisen auf die Ausführungen in Tz. 15, die analog anzuwenden sind.

Aussagebezogene Prüfungshandlungen

29. Der Wirtschaftsprüfer ist bei der Prüfung nach § 34 S. 2 StromPBG in Anwendung des *IDW EPS 970 n.F.* verpflichtet, ausreichende und angemessene Prüfungsnachweise über die Angaben zur Zurechnung der Überschusserlöse einzuholen.
30. Bei der Prüfung Angaben zur Zurechnung der Überschusserlöse von Gesellschaftern des Betreibers der Stromerzeugungsanlage oder mit ihm oder einem seiner Gesellschafter verbundenen Unternehmen sind folgende aussagebezogenen Prüfungshandlungen zu empfehlen:
- Nachvollziehen der Struktur der Gesellschafter des Betreibers der Stromerzeugungsanlage oder mit ihm oder einem seiner Gesellschafter verbundenen Unternehmen.
 - Einsichtnahme von PPA-Verträgen, die zwischen den Gesellschaftern des Betreibers der Stromerzeugungsanlage oder mit ihm oder einem seiner Gesellschafter verbundenen Unternehmen abgeschlossen wurden und Abstimmung, ob die vertraglichen Regelungen mit den tatsächlich durchgeführten Absicherungsgeschäften im Einklang stehen.
 - Nachvollziehen und Nachrechnen der Berechnung des Überschusserlöses von Gesellschaftern des Betreibers der Stromerzeugungsanlage oder mit ihm oder einem seiner Gesellschafter verbundenen Unternehmen.
 - Nachvollziehen, ob Handelsgeschäfte nach Anlage 4 und Anlage 5 auch Geschäfte im Portfolio der Gesellschafter des Betreibers der Stromerzeugungsanlage oder mit ihm oder einem seiner Gesellschafter verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 mitberücksichtigt.
 - Einsichtnahme mittels eines statistischen Auswahlverfahrens in Rechnungen, Zahlungseingänge bzw. -ausgänge.

G. Besonderheiten bei nachträglichen Änderungen

31. Werden die nach § 34 Satz 2 StromPBG zu prüfenden Endabrechnungen nach Vorlage des Prüfungsurteils geändert und hat die Änderung materielle Folgewirkungen für den Nutzer des Prüfungsvermerks, hat nach IDW EPS 970 n.F., Tz. 62, derjenige Wirtschaftsprüfer eine Nachtragsprüfung durchzuführen, der den ursprünglichen Auftrag durchgeführt hat. In den Prüfungsvermerk über die Nachtragsprüfung hat der Wirtschaftsprüfer danach einen gesonderten Absatz mit der Überschrift "Hinweis zur Nachtragsprüfung" unmittelbar vor Angabe von Ort und Datum der Unterzeichnung des Prüfungsvermerks aufzunehmen, in dem - möglichst unter Hinweis auf die Erläuterungen der Änderungen durch das Unternehmen - der Gegenstand der Änderung bezeichnet wird. Der Prüfungsvermerk ist gemäß IDW EPS 970 n.F., Tz. 63 mit den Daten der Beendigung der ursprünglichen Prüfung und

der Beendigung der Nachtragsprüfung (Doppeldatum) zu unterzeichnen. Bei der zweiten Datumsangabe muss nach IDW EPS 970 n.F. dargestellt werden, auf welche Änderung(en) der ursprünglichen Angaben sich das zweite Datum bezieht.

H. Zusammenfassende Schlussbemerkung

32. Die im Rahmen dieser Stellungnahme zur Verfügung gestellten Informationen können naturgemäß weder allumfassend noch auf die speziellen Bedürfnisse eines bestimmten Einzelfalls zugeschnitten sein.
33. Diese Stellungnahme beruht auf dem Rechtsstand zum Zeitpunkt des Datums dieser Stellungnahme und gibt unsere Interpretation der relevanten gesetzlichen Bestimmungen wieder.
34. Im Zeitablauf treten Änderungen bei Gesetzen, der Interpretation von Rechtsquellen sowie in der Rechtsprechung ein. Derartige Änderungen können eine Fortschreibung dieser Stellungnahme erforderlich machen.
35. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass wir ohne gesonderten Auftrag nicht verpflichtet sind, diesen Prüfungshinweis aufgrund einer Änderung der zugrunde liegenden Fakten bzw. Annahmen oder Änderungen in der Gesetzgebung oder Rechtsprechung zu überprüfen und gegebenenfalls fortzuschreiben.

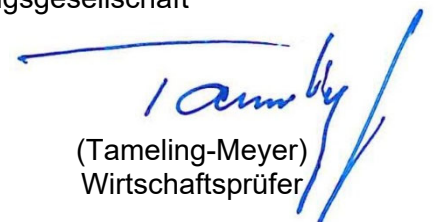
Bremen, 11. April 2024

Göken, Pollak und Partner
Treuhandgesellschaft mbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/
Steuerberatungsgesellschaft



(Pencereci)
Wirtschaftsprüfer



(Tameling-Meyer)
Wirtschaftsprüfer

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
- Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.